

KGW's Rundschreiben

Deutschland, Europa und die Welt

Zur „Lage der Nation“ (ARD-Deutschlandtrend 05/2026): Die **schwarz-rote Koalition** hat einen historisch niedrigen **Beliebtheitswert** von (noch) 15% und wird von 83% der Bundesbürger als unzufrieden eingestuft. Erstmals hat die AfD mit 27% die Union (24%) überholt. Es glauben 44% der Befragten, dass die Koalition die Legislaturperiode nicht übersteht, während 49% skeptisch sind. Der Kanzler selbst stimmt permanent das Klagegedicht seines schweren Jobs an. Das mögen die Deutschen ebenfalls nicht mehr hören und geben ihm einen Zustimmungswert von 16-21%; der schlechteste Wert, der je für einen **Kanzler** gemessen wurde. Friedrich Merz¹ versprach, die Krisen der deutschen Wirtschaft zu beenden. Es zeichnet sich schon heute ab, dass sich 2026 kaum etwas ändert und die Krise sich als Normalzustand fortsetzt. Deutschland kann sich weder eine Wirtschafts- noch eine Koalitionskrise leisten. Kanzler Merz fehlen die Fähigkeiten der Führung. Nicht nur in der Region, in der er lebt (HSK) sagt man: Was er mit den Händen aufbaut, reißt er mit dem Hintern wieder ein. Es reicht nicht, wenn Reformen beschlossen und durchgesetzt werden, man muss sie auch verstehen. Er ist als Architekt für Reformen gewählt worden, aber die fehlen. Vor einem Jahr trat er mit großen außenpolitischen Ambitionen an. Wenn man die Korrespondenten der internationalen Presse fragt, erhält man ein ernüchterndes Ergebnis zur Arbeit des Kanzlers, der eine Außenpolitik „aus einem Guss“ versprach. Nach einem Jahr Koalition sollte man den Kanzler Merz noch nicht abschreiben. In einem Reformkurs, der bis 2030 umgesetzt sein sollte, muss wirtschaftliche Handlungsfähigkeit, Konsolidierung und soziale Stabilisierung verankert sein. Einst hat Friedrich Merz Olaf Scholz als „Klempner der Macht“ bezeichnet. Heute merkt er, was es heißt, Verantwortung für ein 80 Mill. Volk zu übernehmen. Gelingt es Friedrich Merz nicht, als Reformkanzler in die Geschichtsbücher einzugehen – wird er Kurzeitkanzler!

Wo stehen die Genossen, die nichts mehr bewegen können als höhere Schulden und Steuern? An der Spitze Vizekanzler und Finanzminister **Lars Klingbeil**. Er konnte auf Befragen des Grünen-Haushaltspolitikers Sebastian Schäfer kaum beziffern, wofür die 500 Mrd. € Sondervermögen² verwandt wurden. Das ifo Institut analysierte, dass die Mittel zu 93% zweckentfremdet eingesetzt wurden. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hatte ebenfalls recherchiert und kam auf 86%. Mit der Finanzplanung sollte Lars Klingbeil schon längst liefern, aber in der zweiten Hälfte April dieses Jahres war es dann so weit:

¹ Geboren 11.11.1955 in Brilon (HSK - Hochsauerlandkreis)

² Das Sondervermögen wurde gemäß Artikel 143 h des Grundgesetzes von der Schuldenbremse ausgenommen und bilanziell vom regulären Bundeshaushalt getrennt. Die Zinslast für dieses Schuldenpaket beträgt jährlich ca. 25 Mrd. €. Verteilung des Geldes:

- 100 Mrd. € an Bundesländer, die es nach dem Königsteiner Schlüssel an die Kommunen verteilen
- 100 Mrd. € für den Klima- und Transformationsfonds (KTF)
- 300 Mrd. € für Investitionen des Bundes: Schienenwege, Digitalisierung, Energieinfrastruktur, Krankenhäuser und Bildung

In Mrd. €	2025 (Ist)	2026	2027	2028	2029	2030
Ausgaben	494,9	524,5	543,3	586,9	588,9	625,1
Neuverschuldung Kernhaushalt	66,9	98	110,8	134,9	137,1	152,7
Prognostizierte Haushaltslöcher	40	8	34	64	74	60

Quelle: Bundesfinanzministerium

Mit diesem **Haushaltsplan** kann er die Wirtschaftsflaute in Deutschland nicht stoppen. Wir meinen, dass er allein aufgrund der Luftbuchungen in einem kriselndem Unternehmen der freien Wirtschaft als Finanzbuchhalter die Kündigung bekommen hätte. Mit dem erarbeiteten Zahlenwerk im Haushaltsplan konnte man in der Bundespressekonferenz einen sichtlich stolzen Lars Klingbeil sehen. Die Kritiker allerdings folgten auf dem Fuße; besonders beim Thema Neuverschuldung. Für Andreas Peichl³ ist der Haushalt alles andere als solide. Er forderte die Regierung auf, alle Ausgaben und Subventionen auf den Prüfstand zu stellen. Emilie Antonia Höslinger⁴ bemängelte, dass die verschleppten Reformen und die hohen Zinskosten negativ in der Zukunft die junge Generation belasten. Für Wolfgang Steiger⁵ ist das kein Konsolidierungskurs, sondern ein finanzpolitisches Armutszeugnis. Der Stabilitätsrat⁶ übte scharfe Kritik an dem Anstieg der Schuldenquote und forderte eine mittelfristige Rückführung. Anderenfalls drohe Deutschland gegen EU-Schuldenregeln zu verstoßen. Wir könnten weitere Personen anführen, die sich kritisch äußerten. Nur so viel – der Erwartungsdruck war hoch, die heutige Stimmung allerdings am Boden. Das Bild, das die Koalition im Dauerstreit um ihre Reformpolitik abgibt: Unsolide! Also Achtung – es „ampelt“ bereits. Angesichts schwächerer Konjunkturaussichten kann Lars Klingbeil mit weniger Steuereinnahmen rechnen. Der Arbeitskreis für Steuerschätzungen tagt im Frühjahr und im Herbst und nennt für den Bund in 2027 10,1 Mrd. € weniger als erwartet (gesamt 394,6 Mrd. €). Für den gesamten Staat, mit Ländern und Kommunen werden 17,7 Mrd. € weniger prognostiziert.

Wir müssen zur Bundesministerin für Arbeit und Soziales schreiben, die seit Mai 2025 im Amt ist. **Bärbel Bas** sieht sich selbst als Vorkämpferin für den Erhalt des Sozialstaates. Nicht nur für Christian von Stetten⁷ ist Bärbel Bas eine „Fehlbesetzung im Amt“. Am 25.11.2025 kam es zum Eklat, als sie auf dem deutschen Arbeitbertag in Berlin in zwei Passagen falsch vortrug und von den Zuhörern ausgelacht wurde. Dieses Schlüsselerebnis trug sie auf dem Juso-Kongress im Dezember 2025 vor und bezeichnete die „Herren in Maßanzügen, die bequem in Sesseln sitzen“ (gemeint waren Vertreter des Mittelstandes) als jemanden, gegen die man „eigentlich gemeinsam kämpfen“ (O-Ton) muss. Auch gegen Kabinettskollegin Katherina Reiche kam es zum Affront. Sie mahnt, um den deutschen Besitzstand zu wahren, einen fehlenden Plan für die nächsten 20, 30 Jahre an. Das trauen sich noch nicht mal die Chinesen, die in diesem Jahr einen Plan bis 2030 vorlegten. Für Deutschland würden schon 3-4 Jahre reichen. Im Bundestag sagte sie auf eine Frage des AfD-Abgeordneten René Springer, warum nicht bei der Einwanderung in die Sozialsysteme gespart werde: „Es wandert niemand in die Sozialsysteme ein.“ Wir überlassen die Beurteilung der parteilinken Blockerin den Lesern dieser Information selbst.

³ Ökonom, Professor für Volkswirtschaftslehre, Leiter des ifo Zentrum für Finanzwissenschaft

⁴ Doktorandin, ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen, Mitglied der CDU

⁵ Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU, Berlin

⁶ Gremium von Bund und Ländern, um Haushaltsnotlagen zu vermeiden

⁷ Seit 2002 Mitglied des Bundestages, mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU

Wie zufrieden die Deutschen mit der Bundesregierung sind, kann man an den Wahlergebnissen auf Landesebene erkennen. Hier passt der Ausspruch, den man fälschlicherweise **Berthold Brecht** zuschreibt: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber. Richtig ist, dass 1874 bei der Volkswahl der Zürcher Steuerkommission ein anonymes Wähler das auf seinen Stimmzettel schrieb. In der Tat haben wir in Deutschland eine miese Stimmung. Die Kritik am Standort nimmt zu. Ist das berechtigt oder jammern wir auf hohem Niveau? Die Jahre seit 2010 waren überwiegend wachstumsstark, die Wirtschaftslage war gut und warum sollte sich was ändern? Wir sind noch immer auf dem höchsten Wohlstandsniveau und die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt (nach den USA und China). Der Reformdruck ist so groß, dass tatsächlich Reformen vonnöten sind. Das bedeutet aber auch, wo früher Gewinne erzielt wurden, müssen heute Verluste verteilt werden. Es muss an dieser Stelle die Frage erlaubt sein, ob die politischen Führungskräfte die Qualität haben, das zu managen. Sie haben nur Erfahrungen in der Politik – das allerdings ist zu wenig. Man benötigt Menschen mit Erfahrung in anderen Bereichen, die damit in die Politik gehen. Wir hatten den Finanzminister kritisiert, der dafür das typische Beispiel ist. Nicht nur der Deutsche hält lieber am Status quo fest, als sich auf Neues einzulassen. Man geht nach Möglichkeit den Weg des geringsten Widerstandes. Auf der anderen Seite bewegen sich Menschen aber auch dann, wenn sie ein nachvollziehbares Ziel erkennen und den Druck verspüren, dieses auch zu erreichen.

Im Handelsblatt lasen wir am 05.05.2026 „Deutschlands Substanz zerfällt“. In den 1990er-Jahren lag die „**Nettoinvestitionsquote**“ im Durchschnitt noch bei plus 7,3%. 2025 lag sie bei minus 0,2%. Der Linken-Bundestagsabgeordnete Cem Ince hat mit einem Team recherchiert und festgestellt, dass dieser Trend schon länger in einigen Bundesländern anhält. Das kleinste Flächenland (Saarland) mit seiner schwächelnden Industrie ist besonders angeschlagen. Einst florierende Branchen gibt es aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr. Anderen Bundesländern geht es ähnlich.

Unternehmen klagen über fehlende Rahmenbedingungen, über Steuern und Abgaben, über die Ineffizienz des Staates, besonders über die Bürokratie. Hier stellen wir die Frage: Muss es in Deutschland 16 Bundesländer mit unterschiedlicher Wirtschaftskraft geben? Der **Föderalismus** ist durch Artikel 20 des Grundgesetzes als Staatsstruktur festgeschrieben. Ein Reduzieren der Länder wird es wahrscheinlich nicht geben, weil parteipolitische Interessen dagegenstehen. Da die Länder unterschiedlich groß und dicht bevölkert sind, gibt es den **Finanzausgleich**. Es ist ein komplexes System zur Umverteilung von Steuermitteln zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, um gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet zu gewährleisten. In den Artikeln 106 und 107 des Grundgesetzes wurde die Funktionsweise verankert: Vertikaler Finanzausgleich, horizontale Verteilung, Umsatzsteuervorgewegungsausgleich, Länderfinanzausgleich (LFA), Bundesergänzungszuweisungen. Wahrscheinlich ist jetzt jedem bekannt, wohin ein Teil seiner Steuern „hinwandert“.

Deutschland steuert nicht auf einen Engpass zu, sondern steckt in einer politisch induzierten Sackgasse. Zwanzig Jahre lang kannten wir die **Rezession**, die wir konkret von 2023 bis 2024/Anfang 2025 erlebten, in Deutschland nicht. Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) sank 2023 um 0,9% und 2024 um 0,5%. In 2025 gab es eine leichte Erholung mit einem minimalen Plus von 0,2%.

Obwohl sich die deutsche Wirtschaft in einer starken Flaute befindet, wird es in diesem Jahr wahrscheinlich keinen Abschwung geben. Christine Lagarde⁸ legte sich kürzlich fest mit der Behauptung: „Es gibt keine Stagflation!“⁹

Einige Wirtschaftsinstitute sowie Ökonomen und Ökonominen sind anderer Ansicht. Friedrich Heinemann¹⁰ beschreibt Deutschland als „Null-Wachstums-Ökonomie“. Die Ursachen für **Stagflation**:

- Hohe Energie- und Rohstoffpreise (belasten Unternehmen und Haushalte)
- Materialknappheit
- Strukturelle Probleme (Bürokratie, Fachkräftemangel)
- Geopolitische Unsicherheiten (Ukraine, Nahost-Krise, reduzierte Importe)

Um die Stagflation zu bekämpfen, müssen Unternehmen entlastet werden, damit investieren wieder attraktiv wird. Energiekosten müssen gesenkt werden. Firmengründungen sind zu beschleunigen (mehr Start-Ups). Der Staat sollte aus dem Sondervermögen (finanzierte Schulden) in die Infrastruktur investieren. Die EZB sollte die Leitzinsen anpassen. Es gelingt eine Befreiung aus der Stagflation nur, wenn Unternehmen das Vertrauen in den Standort zurückgewinnen und die private Investitionstätigkeit dauerhaft anzieht. Von der Dauer des Irankrieges und der damit verbundenen Zinspolitik hängt wesentlich die Stagflation in Deutschland und auch in Europa ab.

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Die angehängte Tabelle „Währungen und Nickelpreise“ zeigt eine Dollar-Euro-Parität, die sich unwesentlich auf die Rohstoffpreise auswirkt.

Der **Nickel**preis hat sich stark nach oben verändert, weil die Produktion des Lieferanten Nr. 1 (Indonesien) wesentlich eingeschränkt wurde; z.B. bei Weda Bay um 71%. Die Regierung hat zudem den Benchmark-Preisrahmen für Nickelerz überarbeitet, was die Kostenuntergrenze für Produzenten angehoben hat. Im HPAL-Sektor¹¹ in Indonesien führen hohe Inputkosten zu einer reduzierten Verarbeitungsflexibilität, was kurzfristig das Angebot an nickelhaltigen Batteriematerialien knapphält. Ein Mangel an Schwefel, begünstigt durch Störungen in der Straße von Hormuz, hat die Verarbeitungskosten für Nickelzwischenprodukte weiter erhöht. Die Nachfrage aus der Elektrofahrzeug-Branche (für Batterien) und der Edelstahlindustrie wächst schneller als das verfügbare Angebot, was zu einem Marktdefizit in diesem Jahre führen könnte. Noch Ende letzten Jahres prognostizierte die INSG¹² einen Nickelüberschuss von mehr als 250.000 Tonnen. Der Aufwärtstrend zeigt eine Bedarfs- und Preissteigerung in diesem Jahr!

Eine Erhöhung der **Chrom**preise könnte sich ebenfalls auf einen höheren Legierungszuschlag (LZ) auswirken.

Das relativ knappe **Molybdän**-Angebot hält den Preis nicht nur stabil, sondern sorgt für Steigerungen.

⁸ Chefin der Europäischen Zentralbank (EZB)

⁹ Stagflation = gebildet aus den Begriffen „Stagnation“ und „Inflation“. Wird dem britischen Finanzminister Lain McLeod und John Overcountry zugeschrieben.

¹⁰ Prof. Dr. Heinemann wirkt am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim

¹¹ HPAL = High Pressure Acid Leaching

¹² INSG = International Nickel Study Group

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
02.01.2024	1.1039	16.600	16.800	64.158	1.515
02.01.2025	1.0376	15.010	15.295	162.474	1.455
02.01.2026	1.1745	16.765	16.915	255.282	1.430
02.02.2026	1,1852	16.540	16.825	285.528	1.396
02.03.2026	1,1812	17.335	17.560	287.976	1.460
01.04.2026	1,1521	17.065	17.250	281.520	1.470
04.05.2026	1,1721	19.295	19.480	276.888	1.651
21.05.2026	1,1620	18.540	18.760	279.672	1.598

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2025		2025		2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	06/25	969	02/25	1.077	1.015	1.017	1.004	1.059	1.094	1.088						
4301	08/25	1.834	02/25	2.118	1.919	2.118	2.142	2.219	2.247	2.358						
4404	08/25	3.091	02/25	3.522	3.179	3.482	3.639	3.825	3.818	4.032						
4509	10/25	1.235	02/25	1.350	1.273	1.277	1.265	1.322	1.356	1.350						
4521	06/25	1.988	02/25	2.238	2.065	2.102	2.198	2.347	2.352	2.405						
4539	08/25	5.425	02/25	6.253	5.533	6.174	6.505	6.831	6.777	7.231						
4571	08/25	3.124	02/25	3.566	3.213	3.523	3.682	3.870	3.863	4.081						

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2025		2025		2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026
	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	06/25	1.162	02/25	1.292	1.218	1.220	1.205	1.271	1.313	1.306						
4301	08/25	2.201	02/25	2.542	2.303	2.541	2.571	2.663	2.697	2.830						
4310	08/25	2.068	02/25	2.401	2.137	2.349	2.374	2.462	2.497	2.614						
4404	08/25	3.708	02/25	4.226	3.815	4.179	4.367	4.591	4.583	4.839						

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2025		2025		2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	10/25 11/25 12/25	390	03/25	450	400	430	440	440	470							
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	07/25 08/25	950	01/25	1.270	1.030	1.100	1..280	1..280	1..310							
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	07/25 08/25	2.000	03/25	2.240	2.100	2.120	2.270	2.310	2.350							

*) Markenname Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team